

Was wäre, wenn zum 01.01.2019 ein Bedingungsloses Grundeinkommen schrittweise eingeführt werden würde?

“Was wäre, wenn zum 01.01.2019 ein Bedingungsloses Grundeinkommen schrittweise eingeführt werden würde?”

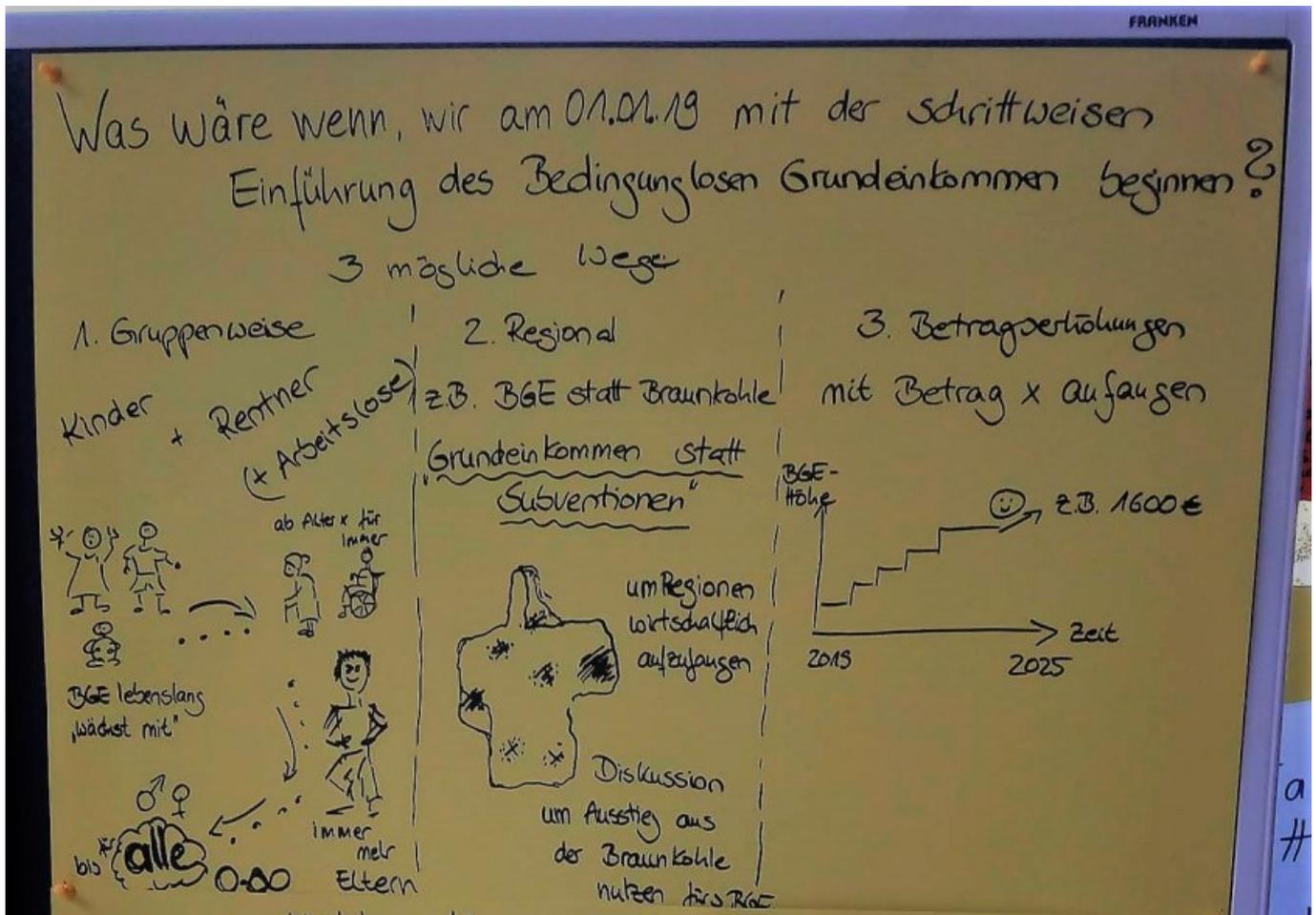
Mit dieser Frage haben wir uns bei der Utopie-Werkstatt auf der Utopie-Konferenz in Lüneburg beschäftigt. Dabei haben wir uns gefragt, wie solche ersten Schritte aussehen könnten, und drei mögliche Varianten entwickelt.

Um es gleich vorweg zu nehmen, mir gefallen alle drei und ich würde am liebsten auch gleich mit allen dreien gleichzeitig anfangen. Und wer nun bemängeln möchte, dass das alles noch kein echtes Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ist, der möge eine Alternative vorschlagen, bei der ein ganzes BGE zum 01.01.2019 eingeführt würde. Denn für alle späteren Termine spricht ja nichts dagegen, bis dahin schon mal mit einzelnen Schritten anzufangen.

Was wäre, wenn zum 01.01.2019 ein Bedingungsloses Grundeinkommen
schrittweise eingeführt werden würde?

Was wäre, wenn zum 01.01.2019 ein Bedingungsloses Grundeinkommen
schrittweise eingeführt werden würde?

Was wäre, wenn zum 01.01.2019 ein Bedingungsloses Grundeinkommen schrittweise eingeführt werden würde?



Kindergrundeinkommen

Variante 1: Gruppenweise Einführung nach Alter. In dieser Idee könnte man zum Beispiel damit anfangen, für Kinder das sächliche Existenzminimum bedingungslos auszuzahlen. Dafür müssten nur zwei Änderungen erfolgen: Für die 18 Millionen Kinder(-geldberechtigten) müsste das heutige Kindergeld auf 400 Euro erhöht werden und die Anrechnung in der Bedarfsgemeinschaft mit den Eltern entfallen. Kindergeld, Kinderzuschlag, Regelsatz für Kinder im Hartz IV und Steuerfreibetrag für Kinder würden ersetzt werden, die darüber hinaus entstehenden Mehrkosten könnten aus dem Haushaltsüberschuss bezahlt werden, wie eine aktuelle Springer-Studie zeigt. Bürokratie würde an dieser Stelle vereinfacht und das bestehende System der Kindergeldzahlung könnte genutzt werden.

Was wäre, wenn zum 01.01.2019 ein Bedingungsloses Grundeinkommen schrittweise eingeführt werden würde?

Kinderarmut könnte durch die bedingungslose Zahlung eines Kindergrundeinkommens von 400 Euro deutlich reduziert werden – und damit auch alle Folgekosten von Kinderarmut. Schlechtere Bildungsergebnisse und Erwerbsperspektiven, höheres Erkrankungsrisiko und geringere soziokulturelle Teilhabe der Kinder kosten die Gesellschaft langfristig viel Geld, zusätzlich zum individuellen Leid und verschenktem Potential.

Verdeckte Armut würde verringert durch die stark vereinfachte Antragstellung entsprechend des heutigen Kindergeldes. Unterstützung für Kinder wäre gleichmäßig an alle verteilt, Familien oberhalb des Sozialhilfeniveaus wären nicht mehr benachteiligt. Großverdiener oberhalb eines Jahreseinkommens von 100.000 Euro würden im Gegensatz zu heute nicht mehr überproportional profitieren.

Nachteil wäre hier, dass es noch kein volles Kindergrundeinkommen wäre. Je nach Familiensituation wären weiterhin die stigmatisierenden BUT-Berechtigungen (Bildung und Teilhabe Leistungen) erforderlich. Das Kindergrundeinkommen auf eine realistische Gesamthöhe von z.B. 600 Euro zu erhöhen, um auch dieses Problem zu lösen, wäre dann ein möglicher zweiter Schritt.

Die nächste Gruppe könnten dann sinnvollerweise Rentner sein. Wie genau eine bedingungslose Grundsicherung im Alter gestaltet und finanziert werden kann, muss so oder so in den nächsten Jahren geklärt werden.

Grundeinkommen statt Subventionen

Variante 2: Gruppenweise Einführung nach Region. Um weitere Erfahrungen mit bedingungslosen Zahlungen eines Grundeinkommens zu sammeln, werden vielfach Experimente und Modellversuche auch in Deutschland gefordert. Regionale Untersuchungen ermöglichen einen überschaubareren finanziellen und organisatorischen Aufwand als eine komplette bundesweite Einführung. Solche Pilotprojekte sind an gewisse rechtliche Voraussetzungen geknüpft, aber laut Aussage des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags grundsätzlich möglich.

Bei der Planung eines solchen regionalen Projektes kommt es schnell zu Neid-Debatten à la "Warum

Was wäre, wenn zum 01.01.2019 ein Bedingungsloses Grundeinkommen schrittweise eingeführt werden würde?

dort und nicht bei mir“. Deswegen ist es sinnvoll, eine Region auszuwählen, bei der es einen allgemein anerkannten Handlungsbedarf gibt, bei der das Grundeinkommen belastbar untersucht werden kann und für die bereits Gelder zur Verfügung stehen.

Das ist aktuell zum Beispiel für die Braunkohleregionen der Fall. Es besteht ein aktueller Handlungsbedarf, die “Kohlekommission” berät noch bis zum Ende des Jahres über die Gestaltung des Ausstiegs aus der Braunkohle und den damit zu leistenden Strukturwandel in den Revieren. Weit über die lokalen Akteure hinaus bestehen Interessen, sei es der Klimaschutz oder auch die Stromversorgung. Für die Lausitz sind bereits bis zu 1,5 Milliarden Euro an Strukturförder-Subventionen eingeplant. Die Initiative “BGE statt Braunkohle” schlägt vor, einen Teil davon als lokales Grundeinkommen an die Menschen direkt auszuzahlen. Das wäre “Wirtschaftsförderung von unten”, Kaufkraftstärkung und Grundeinkommens-Experiment in einem. Es könnte die Frage untersucht werden, ob Subventionen an die Menschen besser investiert sind, als klassische Zahlungen an globale Konzerne in der Hoffnung auf Schaffung von Arbeitsplätzen. Nebenbei könnten in Lausitz und Rheinischem Revier auch Aspekte von Landflucht und Ost-West-Vergleiche betrachtet werden.

Stellt sich das Prinzip des Grundeinkommens als Subvention in strukturschwachen Regionen als erfolgreich heraus, könnte es auch für andere Standorte in der Zukunft angewendet werden. Und sich damit vielleicht auch zu einem Teil der Lösung von Problemen durch die Digitalisierung etablieren. Denn auch hier werden voraussichtlich immer weniger Erträge der Wertschöpfung von Produktion und Dienstleistung über Löhne in die Bevölkerung verteilt werden, wenn immer mehr der bisherigen Arbeitsplätze durch Automatisierung und KI ersetzt werden. Gleichzeitig wäre das Grundeinkommen eine Basis für die Erschließung neuer Tätigkeitsfelder und Mittel sozialer Sicherung unter wirtschaftlich disruptiven Bedingungen.

Euro-Dividende

Variante 3: Kleine Beträge für Alle. Hier handelt es sich um das Konzept eines steigenden Geldbetrags für alle, ein Grundeinkommen, das von unten in die gesamte Gesellschaft gleichmäßig hinein wächst. Die Idee dabei ist es, sich mit kleinen Schritten anzunähern, quasi als

Was wäre, wenn zum 01.01.2019 ein Bedingungsloses Grundeinkommen schrittweise eingeführt werden würde?

vertrauensbildende Maßnahme, um die Akzeptanz zum BGE zu verbessern. Die Frage nach einer geeigneten Höhe des Grundeinkommens müsste dabei (zunächst) nicht beantwortet werden, sondern könnte Ergebnis des Prozesses sein, aber auch fortwährend weiterentwickelt werden.

Für die Finanzierung eines solchen partiellen Grundeinkommens (also keines Existenz- und Teilhabe-sichernden BGEs) käme zum Beispiel eine Euro-Dividende in Frage, wie sie schon durch eine Anfrage an den wissenschaftlichen Dienst von Katja Kipping ins Spiel gebracht wurde. Eine europäische Regelung zugunsten einer erhöhten Mehrwertsteuer könnte dabei eine interessante Rolle spielen.

Es käme einer deutlichen Stärkung der europäischen Idee zugute, wenn es neben Wirtschaft und Währung auch einen gemeinsamen Teil sozialer Sicherung gäbe. Allerdings wäre die Definition der Bezugsberechtigten hierfür auch schon direkt zu klären. Soll es um Europäische Staatsbürger gehen, um Angehörige der Euro-Staaten oder um alle mit einem rechtmäßigen Wohnsitz in der EU?

Kritik an Erhöhungen der Mehrwertsteuer kommen meist von links, da Haushalte mit kleineren Einkommen einen prozentual höheren Anteil für Konsum ausgeben. Eine Dividende könnte, wenn sie nicht auf andere bestehende Sozialleistungen angerechnet werden würde, diesen Nachteil ausgleichen. Die Mehrwertsteuer würde dann bis zu einem gewissen Maß quasi als Bonus vorab ausgezahlt werden, der Konsum bis zu einer definierte Höhe bliebe indirekt mehrwertsteuerfrei. Erst Konsum darüber hinaus wäre effektiv von der Steuererhöhung betroffen. Anders als in dieser Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, käme die Euro-Dividende ohne zusätzlichen bürokratischen Mehraufwand aus, wenn sie pauschal ausgezahlt würde. Oder zumindest ohne Bedürftigkeitsprüfungen, wenn sie nur nach ohnehin bekannten Daten wie Alter und Wohnort gestaffelt wäre.

Für ein vollständiges Grundeinkommen würde so eine vorab ausgezahlte Mehrwertsteuer freilich nicht ausreichen, sondern zunächst vor allem die Mehrkosten der Steuererhöhung decken. Nichts desto trotz wäre es eine relativ einfache Möglichkeit, ein System für bedingungslose Zahlungen an alle EU-Bewohner/Bürger zu etablieren, welches dann in weiteren Schritten auch durch andere (Steuer-)Einnahmen weiter gesteigert werden könnte, bis es in allen Ländern die Existenz und

Was wäre, wenn zum 01.01.2019 ein Bedingungsloses Grundeinkommen schrittweise eingeführt werden würde?

Teilhabe tatsächlich sichert.

Neben der Schaffung einer Europäischen Republik mit gleichen demokratischen Bürgerrechten für alle in der EU, wie es von Ulrike Guérot vorgeschlagen wird, könnte die Euro-Dividende damit nicht nur ein erster Schritt in Richtung Grundeinkommen sein, sondern auch ein Mittel gegen Nationalismus und ein Zerschneiden der Europäischen Union.

Fazit

Alle drei Wege könnten unabhängig voneinander beschlossen und begonnen werden und sinnvolle Bausteine auf dem Weg zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen in voller Höhe und für alle sein.